



KEINE AUSBEUTUNG MIT STEUERGELDERN!



Einkauf



Für eine *verantwortungsvolle*
öffentliche Beschaffung



CorA Corporate
Accountability
Netzwerk für Unternehmensverantwortung



WUSSTEN SIE, DASS ...

... Städte und Gemeinden in Deutschland rund 360 Milliarden Euro im Jahr z.B. für den Einkauf von (Pflaster-)Steinen, Computern, Blumen, und Bekleidung ausgeben?

Taten statt Warten!

Keine Ausbeutung mit Steuergeldern

Seit Jahren berichten viele Medien über die Schattenseiten der Globalisierung und Profitmaximierung um jeden Preis. Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen sind Alltag in den Fabriken, Plantagen und Minen, die über den Globus verteilt für multinationale Unternehmen arbeiten. Abgesehen von den zum Teil haarsträubenden Arbeitsbedin-

» In die Beschaffungspolitik müssen Arbeitsstandards integriert werden. Dies wirkt auf die Konzerne und beeinflusst deren Verhalten. Aber das ist nicht genug: Wenn die deutsche Bundesregierung nur noch dann bei Siemens Computer kauft, wenn diese in »guten« Fabriken produziert wurden, muss dies hier in China von lokalen Basisorganisationen kontrolliert werden. Wir brauchen vor Ort nationale Gesetze, um die Rechte der ArbeiterInnen zu schützen und zu verteidigen. Von oben kann z. B. der Druck aus Deutschland kommen und dann noch von unten von den Basisorganisationen hier.

MONINA WONG

Leiterin der Organisation
Labour Action China in Hong Kong

gungen und Umweltauswirkungen bei ihrer Herstellung, belasten die Produkte, die für die Einrichtungen der Kommunen, der Länder und des Bundes importiert werden, auch unser Klima. Einmal über den gesamten Erdball transportiert unterlaufen sie die dringend notwendigen Bemühungen, die Klimaschäden durch CO₂ und andere Treibhausgase einzudämmen. Gekauft werden diese Produkte auch mit den Steuergeldern der BürgerInnen – die Auftraggeber der Öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen) sind die größten KonsumentInnen im Lande. Das Netzwerk Unternehmensverantwortung (CorA), ein Zusammenschluss von über 40 Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen, Verbraucher- und Umweltverbänden – darunter auch die Kampagne für »Saubere« Kleidung – fordern die Bundesregierung auf, Verantwortung zu übernehmen, um die Ausbeutung von Mensch und Natur zu stoppen. Bitte unterstützen Sie uns dabei. ■

»FAIRgabe« oder »Geiz ist geil«?

Wie entscheidet der Bundestag?



Jetzt wird es ernst: Die Diskussion um neue bundesweite Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe kommt in ihre entscheidende heiße Phase. In den nächsten Wochen muss der Deutsche Bundestag über ein so genanntes »Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechtes« entscheiden. Dieses legt dann fest, nach welchen Grundsätzen die Öffentliche Hand in Deutschland ihre Einkäufe von Produkten und Dienstleistungen tätigt. Damit entscheidet der Bundestag zugleich über die Frage, ob die vielen Milliarden Euro für öffentliche Einkäufe zukünftig nach klaren sozialen, entwicklungs- politischen und ökologische Vorgaben ausgegeben werden – oder eben nicht.

Die Mitglieder des CorA-Netzwerks fordern eine FAIRgabe-Reform. Das heißt

- verbindliche gesetzliche Regeln zu sozialen und ökologischen Kriterien (Tariftreue, ILO-Standards, Fairer Handel, Ökostrom etc.),
- klare Umsetzungsschritte für die Beschaffungspraxis sowie
- wirksame Kontrollen und Sanktionen gegen Fehlverhalten.

Gemessen hieran ist der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung leider völlig unzureichend. Nach langem Streit zwischen den Bundesministerien und gegen den Widerstand der Wirtschaftslobby heißt es zwar nun im Entwurf, es »können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen.« Diese »kann«-Regelung ist aber viel zu unverbindlich. Wir müssen Druck auf die Bundestagsabgeordneten ausüben, damit diese ihren Ankündigungen folgen und das Gesetz noch entscheidend verbessern. Denn es muss endlich Schluss sein mit der »Geiz ist geil«-Einkaufspolitik der Öffentlichen Hand! ■



» Alle reden vom Klimawandel – die Bundesregierung kauft weiterhin bei Energieverschwendern. Hauptsache billig! Aber zu welchem Preis?

BRIGITTE BEHRENS
Geschäftsführerin
von Greenpeace Deutschland

» Solange die Ausgaben der Öffentlichen Hand nicht explizit und nachprüfbar an Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, besteht die Gefahr, dass der Steuerzahler doppelt zahlt. Zum einen entstehen Kosten, wenn Einsparmöglichkeiten und Effizienz nicht beachtet werden, zum anderen wenn die ökologische und soziale Zeche zu zahlen ist, die aus Fehlentscheidungen folgt. Eine Vergabep Praxis nach dem Motto »Geiz ist geil« führt zwangsläufig in die Sackgasse und sendet die falschen Signale aus.



DR. VOLKER HAUFF
Minister a.D. und Vorsitzender des
Rates für Nachhaltige Entwicklung



Flecken auf dem Arztkittel

Arbeitsrechtsverletzungen bei der Herstellung

Die Baumwolle in Kasachstan geerntet, in der Türkei gesponnen, in Taiwan gewebt, in China oder Polen gefärbt. Das Ganze kommt dann auf die Philippinen und wird dort zusammen genäht.

So weit kommt z.B. ein Krankenhauskittel herum, bevor er hier von Kommunen für städtische Krankenhäuser eingekauft wird. Auf seinem Weg sind ihm Arbeitsrechtsverletzungen, unwürdige Behandlung von Menschen und vieles mehr begegnet. Die Bekleidungsindustrie gehört zu den am stärksten globalisierten Branchen der Welt. Die Konkurrenz zwischen den ProduzentInnen ist riesig. Überall bieten sich Fabriken an, die Kleidung noch schneller und noch billiger für die westlichen Auftraggeber zu nähen. Auf Kosten der ArbeiterInnen weltweit. Hier in Europa können die Textilien dann günstig auf dem Markt angeboten werden. Auch die Kommunen kaufen diese Textilien. Von Steuergeldern. Mit Ausbeutung.

Politische Schritte

Mittlerweile gibt es jedoch viele Kommunen, die beschlossen haben, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr zu kaufen. Einige gehen sogar noch weiter und wollen nur noch Produkte ordern, die »sauber«, d.h. unter Berücksichtigung internationaler Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Offensichtlich nimmt der politische Wille zur sozial gerecht-

ten und ökologisch nachhaltigen Beschaffung zu. Doch wie sollen diese Beschlüsse praktisch umgesetzt werden? Wo kann die Beschafferin und der Beschaffer einkaufen? Welcher Lieferant kann lückenlos nachweisen, dass seine Produkte unter Einhaltung von Sozialstandards produziert wurden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich auch ein Fachforum in Nordrhein-Westfalen (NRW). Dort sind Kommunen, Gewerkschaften, NGOs, Industrieverbände und das zuständige



» Wir fordern, dass Bund, Länder und Gemeinden ökologische und soziale Ziele auch über ihre Beschaffungspolitik fördern – mit entsprechenden Vorgaben als Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

FRANK BSIRSKÉ

Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di

NRW-Ministerium vertreten. Gemeinsam sucht man nach Möglichkeiten, Arbeitsbekleidung für den öffentlichen Dienst »sauber« zu beschaffen. Doch eines ist allen Beteiligten des Forums klar: Um diese Fragen zufriedenstellend zu beantworten, sind die Industrie und die Öffentliche Hand gefordert: Die Industrie muss endlich eine »saubere« Produktion entlang seiner gesamten Produktionskette gewährleisten. Die Öffentliche Hand muss Druck auf die Unternehmen ausüben und seine Marktmacht als Konsument nutzen. ■

Für eine faire Politik

Protestpostkarten an die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition im Deutschen Bundestag, Volker Kauder (CDU) und Peter Struck (SPD), JETZT abschicken!

Nach monatelangen Blockaden des Wirtschaftsministeriums liegt nun der Gesetzentwurf zur Novellierung des Vergaberechts dem Bundestag vor. Damit könnten die Beschaffer der Öffentlichen Hand auch soziale und ökologische Anforderungen an Auftragnehmer stellen.

Das wäre ein wichtiger Schritt, aber nicht genug. Weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur können nicht nur, sondern müssen beendet werden. Der Bundestag muss verbindliche Regelungen für die öffentliche Auftragsvergabe verabschieden!

Karten- und Emailgruß gegen Ausbeutung

Deswegen jetzt die Protestpostkarten bestellen, abschicken und eine verpflichtende Bestimmung fordern. Oder Sie schreiben einen Brief an ihren zuständigen Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, sich für eine Auftragsvergabe nach fairen Richtlinien einzusetzen! Musterbriefe finden Sie unter: www.cora-netz.de, www.saubere-kleidung.de und www.ci-romero.de



» Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Firmen sich ohne Druck nicht bewegen. Globalisierung braucht Regeln!

THOMAS KRÄMER
Geschäftsführer der CIR

**Weder sozial
noch demokratisch:**



**Wenn Näherinnen in
Chinas Textilfabriken
Zwangsarbeit leisten –
für preiswerte Blaumänner
in Deutschland.**

Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung!
www.cora-netz.de | www.ci-romero.de

**Weder christlich
noch demokratisch:**



**Wenn Frauen in Guatemalas
Blumenplantagen sich
mit Pestiziden vergiften –
für Deutschlands schön
geschmückte Rednerpulte.**

Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung!
www.cora-netz.de | www.ci-romero.de

» In El Salvador beträgt der (Hunger-)Lohn einer adidas-Arbeiterin 162 Dollar im Monat. Laut offiziellen Statistiken werden in El Salvador monatliche 159 US Dollar zur Deckung des Grundbedarfs an Nahrungsmitteln ausgegeben. Das heißt, dass eine Näherin, die Vollzeit für adidas Kleidung fertigt,

ihren gesamten Monatslohn nur für Nahrung ausgeben muss. Auch die Öffentliche Hand ist regelmäßiger adidas-Kunde.

SONIA LARA

Mitarbeiterin im Nationalen Arbeitskomitee (CNL) in El Salvador



Vergaberechtsreform nur erster Schritt

Aktionsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen gefordert

In welcher Form das neue Vergaberecht auch verabschiedet wird: es bildet nur den Rahmen, der praktisches Handeln ermöglicht. Es müssen konkrete Schritte auf den verschiedenen Ebenen öffentlicher Beschaffung folgen, damit die enorme staatliche Nachfragemacht tatsächlich zu ökologischen und sozialen Verbesserungen in der globalen Lieferkette der Anbieter führt. Wichtig sind nun konkrete, verbindliche Schritte, um verantwortliche Beschaffung durch die Ministerien, Bundesunternehmen, Kommunen etc. auch sachgerecht umzusetzen. Doch die Bundesregierung ist nicht nur als Konsumentin gefragt. Sie muss in einem partizipativen Prozess soziale und ökologische Standards und wirksame Verfahren zu deren Überprüfung festlegen. Weiterhin gilt es, Beratungskapazitäten aufzubauen, Musterausschreibungen aufzusetzen, etc., die auch für Kommunen und Länder nutzbar sind.



Absender

Name/Organisation -----

Straße -----

PLZ/Ort -----

ggf. E-Mail-Adresse -----

Bitte mit

0,45 €

freimachen

- BESTELLSCHHEIN**
- Protestpostkarten: »Keine Ausbeutung mit Steuergeldern« kostenlos zzgl. Versand
 - Infoblatt: »Keine Ausbeutung mit Steuergeldern« (vorliegend); kostenlos zzgl. Versand
 - Werkmappe: »Nadelstiche in die Öffentliche Hand« 72 Seiten, 7 Euro zzgl. Versand
 - E-Mail-Newsletter zum Thema Öffentliche Beschaffung abonnieren
 - Selbstdarstellung CorA, kostenlos zzgl. Versand

An die
Christliche Initiative
Romero (CIR)
Frauenstr. 3-7
48143 Münster

Weitere Materialien unter:

www.ci-romero.de · Tel.: 02 51 - 8 95 03 · E-Mail: cir@ci-romero.de



Zu kurz gegriffen

Ein von der Bundesregierung anvisiertes Produkt-Zertifikat oder Soziallabel als Orientierungshilfe für sozial verantwortlichen Einkauf von privaten KonsumentInnen und öffentlichen Vergabestellen greift jedoch zu kurz. Priorität muss jetzt der Aufbau eines Informations- und Bewertungssystems, eine Art Checkliste zu sozial-ökologischer Unternehmensverantwortung, haben.

Druck von unten

Unsere Erfahrung zeigt: letztlich bewegt sich die Bundesregierung nur, wenn es genügend Druck »von unten«, von den BürgerInnen, aus den Kommunen und den Ländern, gibt.

Nur durch weitere lokale Aktionen und Beschlüsse zwischen München und Flensburg, zwischen Aachen und Görlitz für einen verantwortlichen öffentlichen Einkauf kann die Nachfragemacht der Öffentlichen Hand mobilisiert werden – denn hier, gewissermaßen an der Basis, werden auch die meisten Aufträge vergeben. Für das kommende Jahr sind seitens CorA deshalb zahlreiche Aktionen geplant und Materialien in Arbeit, damit diese Nachfrage endlich sinnvoll genutzt wird.

Machen Sie mit!

» Die Stadt Neuss beschafft seit 1991 fair und fordert die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen. Leider gibt es zu wenig deutsche Unternehmen, die zertifizierte, sozial hergestellte Produkte anbieten. Verbindliche Regelungen zur sozialen und ökologischen Beschaffung wie in den Niederlanden würden auch bei uns dazu beitragen, Anreize für Firmen und Rechtssicherheit für Kommunen zu schaffen.



DAGMAR VOGT-SAEDLER

Umweltamt der Stadt Neuss



» Der Staat muss endlich seine Marktmacht als Verbraucherin wahrnehmen. Die Öffentliche Hand hat die Möglichkeit, durch ihr Einkaufsverhalten ihre Lieferanten zu zwingen, Sozialstandards bei der Herstellung einzuhalten. Nur bei dem, der »sauber« herstellen lässt, wird gekauft. So einfach ist das.

CHRISTIANE SCHNURA

Koordinatorin der Kampagne für »saubere« Kleidung und Initiatorin des Fachforums NRW

WUSTEN SIE, DASS ...

... die ArbeiterInnen in den indischen Steinbrüchen eine Lebenserwartung von nur 35 Jahren haben, weil die Arbeitsbedingungen so menschenunwürdig sind? Diese Steine zieren die Gassen und Plätze fast jeder Stadt in Deutschland, in der die Menschen im Schnitt eine Lebenserwartung von fast 80 Jahren haben.



WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA:

CorA: www.cora-netz.de

CCC: www.saubere-kleidung.de

Sachsen kauft fair: www.sachsen-kauft-fair.de



IMPRESSUM:

Herausgeberin:

CorA /
Christliche Initiative Romero e.V. (CIR)
Frauenstraße 3-7
D-48143 Münster

Redaktion / Texte:

Johanna Fincke (CIR / V.i.S.d.P.),
Thomas Krämer-Broscheit (CIR),
Peter Fuchs (WEED),
Christiane Schnura (CCC)

Korrektorat:

Friedrich Burschel

Layout:

Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck:

Kleyer, September 2008

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union hergestellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

